

Standard

«Sie sollten nicht alles aus Schweizer Sicht beurteilen»

Interview: [Felix Schindler](#) Aktualisiert am 09.10.2014

Meglana Plugtschiewa, bulgarische Botschafterin in Bern, ist gefordert: Sie wehrt sich vehement dagegen, dass FDP-Nationalrätin Doris Fiala ihr Land als «skandalös intransparent» bezeichnet. Und am Montag kommt ihr Präsident zu Bundesrat Burkhalter.

Bulgarien steckt in einer Krise: Es ist das ärmste Land in der EU, innert 17 Monaten mussten drei Wahlen durchgeführt werden, die Unzufriedenheit des Volkes manifestierte sich in massiven Bürgerprotesten. Während dieser Turbulenzen bemüht sich eine Frau mit einer bemerkenswerten Biografie um ein besseres Bild ihres Heimatlandes. Meglana Plugtschiewa war bis zur Wende 1990 Mitglied der Sozialistischen Partei, war dreimal im Parlament, stellvertretende Landwirtschaftsministerin, Vizepremierministerin, Botschafterin in Berlin. 2013 wurde sie beinahe Premierministerin, doch sie zog es vor, ihren Posten als Botschafterin in Bern zu behalten. <%=misc::zitat%> hat sich mit ihr über die Probleme in ihrem Heimatland, das Verhältnis zwischen Bulgaren und Schweizern und die Hintergründe des Treffens zwischen Bundespräsident Didier Burkhalter und dem bulgarischen Premierminister Rossen Plewneliew unterhalten.

Frau Botschafterin Meglana Plugtschiewa, die Schweizer FDP-Politikerin Doris Fiala leitete die Wahlbeobachtungsmission in Bulgarien. Sie sagte, das System in Bulgarien sei skandalös intransparent, freie und faire Wahlen seien kaum möglich. Hat Frau Fiala unrecht? Ich habe mit grosser Überraschung gelesen, dass Frau Fiala sogar erwogen hat, die Wahlbeobachtung zu boykottieren. Ich glaube, diese Äusserung war verfrüht und unausgewogen. Der Bericht, den Frau Fiala mitunterzeichnet hat, bestätigt, dass die Wahlen gut organisiert waren und korrekt durchgeführt wurden. Selbstverständlich wurden auch Probleme im Vorfeld der Wahlen identifiziert, aber die Polizei und sogar einzelne Bürger und Medien haben sofort kritisch darauf reagiert. Allein die Tatsache, dass es zu diesen vorgezogenen Wahlen am 5. Oktober gekommen ist, ist ein Ergebnis der Proteste der Zivilgesellschaft im letzten Jahr und ist ein Zeichen der Stärkung der Demokratie in Bulgarien, was ermuntert und unterstützt werden soll.

Der Bericht der Langzeitbeobachter Odhir hält fest, dass es vor dem Wahltag 300 Berichte über Stimmenkauf gegeben habe, nur zwei hätten zu einer Strafverfolgung geführt. Bezeichnen Sie das als kritische Reaktion der

Polizei? Diese Aussagen stimmen nicht. Nach meinem Wissen gab es sofort Reaktionen der zuständigen Institutionen, und Untersuchungen sind eingeleitet worden. Auch die Medien sorgen dafür, dass diese Fälle nicht unter den Teppich gekehrt werden. Und schliesslich reagieren auch NGOs in Bulgarien sehr stark auf diese Unregelmässigkeiten. Nach einer lang andauernden Übergangszeit, für die auch ein hoher Preis bezahlt wurde, ist jetzt die Gesellschaft aufgeweckt worden und fordert tief greifende Veränderungen, Transparenz und Kompetenz.

Trotzdem gingen seit der Wende 1990 nie weniger Menschen wählen als am letzten Sonntag. Sie sollten nicht alles aus Schweizer Sicht beurteilen. Die direkte Demokratie ist hier vorbildlich organisiert, aber das hat die Schweiz nicht zuletzt ihrer Geschichte zu verdanken. In Bulgarien ist das Volk erst seit 1990 in der Lage, allein über sein Schicksal zu entscheiden. Dieser Prozess braucht Zeit. Die tiefe Wahlbeteiligung ist ein Signal dafür, dass die Leute enttäuscht sind und daran zweifeln, mit ihrer Stimme etwas bewegen zu können. Ja, es gibt diejenigen, die sich im Stich gelassen fühlen, und ich behaupte nicht, dass alles glänzt. Demokratiefaufbau ist ein mühsamer, schmerzhafter Prozess. Aber am letzten Sonntag sind neue Parteien ins Parlament gewählt worden, das zeigt eine neue, breitere Repräsentation des Volkes in der Politik.

Zu den Gewinnern der Wahlen gehören auch rechtsnationalistische Parteien wie die Patriotische Front und Ataka. Zeigt das nicht vielmehr eine Polarisierung der Politik? Es ist aber auch eine neue, linke Partei im Parlament vertreten. Das deutet ich auch als Zeichen des Wandels. Der Block der Reformatoren im rechten politischen Spektrum zeigt sich auch gestärkt. Dass auch die Patriotische Front und Ataka gewählt wurden, zeigt die Vielfalt der Erwartungen der Bürger.

Sie haben auch die Medien angesprochen. Ein grosser Teil der Unternehmen gehört Deljan Peewski, dessen Wahl als Geheimdienstchef letztes Jahr massive Proteste in der Bevölkerung auslöste. Sehen Sie in seinem Konzern eine Stärkung der Medienfreiheit? Es steht mir als Botschafterin nicht zu, Probleme in Bulgarien zu personifizieren. Aber ich werde es nicht verhehlen. Das Thema Unabhängigkeit der Medien ist immer noch ein Thema auf der Tagesordnung der Politiker und der Gesellschaft. Fortschritte sind aber auch sichtbar.

Wie gross ist die Gefahr, dass das Parlament keine Regierung bilden kann und im Dezember die vierten Wahlen innert zwei Jahren nötig werden? Ich rechne nicht mit Neuwahlen. Es sind sich alle einig, dass uns Neuwahlen nicht weiterbringen. Sie sind kostspielig und erschöpfen das Land. Vernunft und Verantwortungsbewusstsein werden sich durchsetzen.

Ist das eine begründete Erwartung oder die sprichwörtliche Hoffnung, die zuletzt stirbt? Es ist eine begründete Erwartung, ich kenne nicht nur das Potenzial meines Landes, sondern auch die Dynamik der Entwicklung. Wir haben in den letzten Jahren viele Fehler gemacht, haben aber auch als junges EU-Mitgliedsland viel erreicht

und grosse und tief greifende Veränderungen vollzogen. Leider wird in den Medien wenig von den Errungenschaften, von den Erfolgen und den Stärken Bulgariens berichtet. Es ist ein buntes Bild – wie in jedem Land. Wir sind aber viel besser als unser Image.

Sie selbst waren vor der Wende Mitglied der Sozialistischen Partei. Wie schwierig war der Übertritt in die Demokratie für Sie persönlich? Ich habe alle Etappen mitgemacht, war dreimal im Parlament, stellvertretende Landwirtschaftsministerin, Vizepremierministerin, vier Jahre Botschafterin in Berlin und seit 2012 als Botschafterin in Bern. In dieser Zeit gab es nicht nur Erfolge, es gab harte Arbeit, auch Niederlagen und Frustration, aber ich habe nie aufgehört, für mein Land zu kämpfen und zu einem besseren Bulgarien beizutragen. Mein Prinzip ist immer gewesen: Kopf hoch.

2013 hätten Sie die Chance gehabt, Premierministerin zu werden. Sind Sie rückblickend froh, Botschafterin im beschaulichen Bern geblieben zu sein? Diese Frage stellt sich nicht. Ich werde immer das tun, was die Entscheidungsträger als das Beste für Bulgarien erachten.

Am kommenden Montag treffen sich der bulgarische Staatspräsident Rossen Plewneliew und Bundespräsident Didier Burkhalter zu Gesprächen. Was ist der Anlass? Rossen Plewneliew kommt für einen offiziellen Besuch in die Schweiz. Einerseits werden die bilateralen Beziehungen zwischen unseren Ländern diskutiert, insbesondere die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Ausserdem besprechen die Präsidenten Plewneliew und Burkhalter ein Projekt, das mit Schweizer Kohäsionsbeiträgen finanziert wird. Und schliesslich ist es uns auch ein Anliegen, mit Didier Burkhalter als Vorsitzendem der OSZE Gespräche zu führen. Bulgarien trägt zur Stabilität in der Region des Westbalkans bei, und diese Region gehört auch zu den Prioritäten der OSZE-Ratspräsidentschaft. Der Konflikt in der Ukraine, in dem die OSZE verhandelt, bewegt uns alle. Wir bemühen uns, zur Lösung des Konfliktes beizutragen.

Kommen die aus der Schweiz finanzierten Kohäsionsprojekte in Bulgarien plangemäss voran? Die Kohäsionsprojekte in Bulgarien kommen mit gutem Tempo voran. Es war mir immer ein Anliegen, viel mehr davon zu berichten, weil es Gelder der Schweizer Steuerzahler sind, und man sollte wissen, was man damit erreicht. Es laufen mehrere Projekte in den Bereichen Umwelt, Sicherheit, Unterstützung der Zivilgesellschaft, Integration der Roma und soziale Hilfe. Was ich aber besonders hervorheben möchte, ist das Projekt für die tief greifende Reform des Berufsbildungssystems in Bulgarien und die Einführung des dualen Berufsbildungsmodells. Dafür investiert die Schweiz 3,5 Millionen Franken, wobei die Schweizer Firmen, die in Bulgarien präsent sind, da auch einbezogen werden. Dieses Exportprodukt der Schweiz können wir bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für die jungen Leute in Bulgarien gut gebrauchen.

Wie hat sich das Verhältnis zwischen der Schweiz und Bulgarien verändert, seit die Zuwanderungsinitiative der SVP angenommen wurde? Die bulgarische Gemeinschaft in der Schweiz ist nicht vom Entscheid betroffen. Es leben nur rund 5000 Bulgaren in der Schweiz, 80 Prozent von ihnen sind hoch qualifizierte Mitarbeiter von Zürcher Banken oder internationalen Organisationen in Genf. Wir befinden uns noch in der Übergangsphase des Freizügigkeitsabkommens bis 2016, und danach kann die Schweiz auch noch Schutzklauseln einschalten, die 2019 enden. Deshalb tangiert uns die Umsetzung der Initiative vorderhand nicht.

Viele ausländische Gemeinschaften haben das Ja zur Zuwanderungsinitiative als Zeichen der Ausgrenzung gewertet. Die Bulgaren nicht? Ich meine, dass die Freizügigkeit ein Grundprinzip der europäischen Werte darstellt und eine grosse Errungenschaft ist, die respektiert und beibehalten werden soll. Wir Europäer sollten uns besser kennen lernen und austauschen, das liegt in unserem gegenseitigen Interesse. (<%= misc::nn_quelle %>)